

Zivilgesellschaft fordert Ernährungswende in öffentlich finanzierten Einrichtungen

Petition und Positionspapier zeigen dringenden Handlungsbedarf

Das aktuelle Ernährungs- und Landwirtschaftssystem verursacht Schäden mit hohen gesellschaftlichen und ökologischen Folgekosten. Deswegen wenden sich 41 zivilgesellschaftliche Organisationen an den Hamburger Senat und fordern schnelle politische Maßnahmen für eine Ernährungswende in öffentlich finanzierten Einrichtungen. In ihrem Positionspapier und der heute gestarteten Online-Petition verlangen sie eine zukunftsfähige Ernährung und faire Preise bei der Verpflegung in Kitas, Schulen und anderen öffentlich finanzierten Einrichtungen.

„Die Politik steht in der Verantwortung, in Einrichtungen, die mit Steuergeldern finanziert sind, eine Ernährungswende voranzubringen. Wir brauchen mehr Klima- und Umweltschutz beim Essen. Gleichzeitig muss die Politik für faire Löhne in den Lieferketten und für bezahlbare Preise für die Kinder und ihre Eltern sorgen. Dafür sind mehr öffentliche Zuschüsse für das Essen in Kitas und Schulen genauso notwendig wie verbindliche Nachhaltigkeitsstandards“, erläutert Julia Sievers von der Agrar Koordination. Das breite Bündnis aus den Bereichen Umweltschutz, Tierschutz, Kirche und Entwicklungspolitik fordert, dass der Einsatz von ökologisch produzierten und fair gehandelten Lebensmitteln in der Außer-Haus-Verpflegung schrittweise erhöht wird. Bis 2030 sollten in öffentlich finanzierten Einrichtungen alle Lebensmittel aus biologischer Landwirtschaft kommen.

Die Nichtregierungsorganisationen schlagen in ihrem Positionspapier vor, dass die Politik parallel zur Etablierung von Mindeststandards ein Förderprogramm finanziert, damit durch Bildungs- und Beratungsangebote die Umstellung auf eine nachhaltige Ernährung unterstützt wird. „Europäische Städte wie Kopenhagen setzen bereits seit Jahren 90 Prozent Bio in allen öffentlichen Kantinen um – und dies haben sie dank intensiver Beratungsangebote erreicht, ohne dass sich die Kosten für die Mahlzeiten erhöht haben. Auch in Deutschland gibt es bereits mehrere Vorreiterstädte. Berlin hat zum Beispiel mit der Kantine Zukunft eine Beratungsinitiative nach dem Kopenhagener Vorbild ins Leben gerufen. Auch Hamburg sollte ambitioniertere Zielvorgaben in öffentlichen Kantinen beschließen und mittels Beratungsförderung umsetzen“, findet Alexandra Wandel, Stiftung World Future Council. „Für die nicht-regionalen Lebensmittel ist es wichtig, eine global verantwortliche Lieferkette sicherzustellen. Der Faire Handel ist mit seinen direkten, nachhaltigen und transparenten Produktionswegen ein Pionier seit 50 Jahren. Da Kakao, Bananen oder Kaffee vorerst nicht in der Hamburger Region wachsen werden, muss hier der Faire Handel eine Vorbildrolle einnehmen“, betont Christine Prießner, Koordinatorin der Fair Trade Stadt Hamburg.

Das Bündnis ruft die Menschen in Hamburg dazu auf, sich unter dem Motto „Zukunft Pflanzen, Nahrung Sichern # Ährensache“ den Forderungen anzuschließen und die Online-Petition zu unterzeichnen. Weitere Organisationen sind als Unterzeichner des Positionspapiers ebenfalls willkommen.

Positionspapier: <https://bit.ly/3KrDHPJ>

Petition: <https://www.agrarkoordination.de/index.php?id=829>

Julia Sievers

Agrar Koordination

040/39 25 26

julia.sievers@agrarkoordination.de

Christine Prießner

Fair Trade Stadt Hamburg

040/881 566 89

info@fairtradestadt-hamburg.de

